

Diese Bekanntmachung auf der TED-Website: <http://ted.europa.eu/udl?uri=TED:NOTICE:407255-2017:TEXT:DE:HTML>

**Deutschland-Grünsfeld: Dienstleistungen von Architektur-  
und Ingenieurbüros sowie planungsbezogene Leistungen  
2017/S 198-407255**

**Auftragsbekanntmachung**

**Dienstleistungen**

Richtlinie 2014/24/EU

**Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber**

**I.1) Name und Adressen**

Stadt Grünsfeld  
Hauptstraße 12  
Grünsfeld  
97947  
Deutschland  
Kontaktstelle(n): Frau Maag  
Telefon: +49 9346921111  
E-Mail: [kaemmereiamt@gruensfeld.de](mailto:kaemmereiamt@gruensfeld.de)  
Fax: +49 9346921151  
NUTS-Code: DE11B  
**Internet-Adresse(n):**  
Hauptadresse: <http://www.gruensfeld.de>

**I.2) Gemeinsame Beschaffung**

**I.3) Kommunikation**

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <http://www.gruensfeld.de/rathaus/ausschreibungen>  
Weitere Auskünfte erteilen/erteilt die oben genannten Kontaktstellen  
Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an die oben genannten Kontaktstellen

**I.4) Art des öffentlichen Auftraggebers**

Regional- oder Kommunalbehörde

**I.5) Haupttätigkeit(en)**

Allgemeine öffentliche Verwaltung

**Abschnitt II: Gegenstand**

**II.1) Umfang der Beschaffung**

**II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:**

Planungsleistungen Bildungscampus Grünsfeld.

**II.1.2) CPV-Code Hauptteil**

71240000

**II.1.3) Art des Auftrags**

Dienstleistungen

**II.1.4) Kurze Beschreibung:**

Die Stadt Grünsfeld plant, das Schulgelände, das mit zwei Schulgebäuden sowie einer Schulturnhalle bebaut ist, zum Bildungscampus Grünsfeld umzugestalten. Die Entwurfsplanung liegt bereits vor. Gegenstand dieses Vergabeverfahrens sind die Grundleistungen der Leistungsphasen 4-9 i.S.v. § 34 HOAI der Objektplanung für den Anbau und Umbau des Schulhauses I und den Umbau des Schulhauses II auf der Grundlage der bereits vorliegenden Entwurfsplanung sowie optional ggf. erforderlich werdende besondere Leistungen und die Grundleistungen der Leistungsphase 4-9 i.S.v. § 49 HOAI für den Außenbereich und optional ggf. erforderlich werdende besondere Leistungen. Es ist eine stufenweise Beauftragung beabsichtigt. Mit der Leistungsphase 4 ist unmittelbar nach Auftragserteilung (voraussichtlich Mitte Februar 2018) zu beginnen; der Bauantrag ist bis 30.3.2018 einzureichen.

II.1.5) **Geschätzter Gesamtwert**

II.1.6) **Angaben zu den Losen**

Aufteilung des Auftrags in Lose: nein

II.2) **Beschreibung**

II.2.1) **Bezeichnung des Auftrags:**

II.2.2) **Weitere(r) CPV-Code(s)**

II.2.3) **Erfüllungsort**

NUTS-Code: DE11B

Hauptort der Ausführung:

Grünsfeld.

II.2.4) **Beschreibung der Beschaffung:**

Siehe unter II.1.4.

II.2.5) **Zuschlagskriterien**

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt

II.2.6) **Geschätzter Wert**

II.2.7) **Laufzeit des Vertrags, der Rahmenvereinbarung oder des dynamischen Beschaffungssystems**

Beginn: 13/02/2018

Ende: 31/12/2020

Dieser Auftrag kann verlängert werden: ja

Beschreibung der Verlängerungen:

Bei Verzögerung des Bauvorhabens.

II.2.9) **Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden**

Geplante Anzahl der Bewerber: 4

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern:

Zum Verhandlungsverfahren zugelassen und damit zur Abgabe eines Angebots aufgefordert werden max. vier Bewerber. Gibt es nur vier oder weniger Bewerber, bei denen keine Ausschlussgründe vorliegen und die einen formal ordnungsgemäßen und den Mindestbedingungen entsprechenden Teilnahmeantrag eingereicht haben, werden nur diese zur Teilnahme an dem Verhandlungsverfahren zugelassen. Sollten diese Voraussetzungen bei mehr als vier Bewerbern vorliegen, werden die vier Bewerber, die zum Verhandlungsverfahren zugelassen werden, anhand folgender Auswahlkriterien ausgewählt:

Referenzen mit Planungsanforderungen, die hinsichtlich der Objektplanung mit den zu vergebenden

Planungsleistungen vergleichbar sind und bei denen die Leistungsphase 8 in den letzten 10 Jahren, gerechnet

ab Versendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen wurde. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen.

Für jede Referenz können maximal vier Punkte erzielt werden, die wie folgt vergeben werden:

2 Punkte: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte

2 Punkte: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für ein anderes Objekt für Kinder- und Jugendliche (d. h. nicht auf eine Schule, einen Kindergarten oder eine Kindertagesstätte, sondern beispielsweise auf ein Jugendheim)

1 Punkt: Referenz bezieht sich auf Planungsleistungen für ein sonstiges öffentliches Gebäude mit Publikumsverkehr, d. h. nicht auf eine Schule, einen Kindergarten, eine Kindertagesstätte oder ein anderes Objekt für Kinder- und Jugendliche

1 Punkt: Referenz bezieht sich auf einen Umbau unter laufendem Betrieb

1 Punkt: Referenz bezieht sich auf ein Gebäude mit verschiedenen Nutzergruppen, beispielsweise Grundschüler und Kindergartenkinder

Es werden die vier Bewerber bzw. Bewerbergemeinschaften zum Verhandlungsverfahren zugelassen, die die höchste Punktzahl erreichen.

Bei Punktgleichstand ist maßgebend, welcher Bewerber eine höhere Anzahl an Referenzen angegeben hat, die mindestens eine der oben genannten Voraussetzungen erfüllt.

II.2.10) **Angaben über Varianten/Alternativangebote**

Varianten/Alternativangebote sind zulässig: nein

II.2.11) **Angaben zu Optionen**

Optionen: ja

Beschreibung der Optionen:

Ggfs. erforderlich werdende besondere Leistungen, siehe auch II.1.4.

II.2.12) **Angaben zu elektronischen Katalogen**

II.2.13) **Angaben zu Mitteln der Europäischen Union**

Der Auftrag steht in Verbindung mit einem Vorhaben und/oder Programm, das aus Mitteln der EU finanziert wird: nein

II.2.14) **Zusätzliche Angaben**

**Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben**

III.1) **Teilnahmebedingungen**

III.1.1) **Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister**

Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben:

— Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe i.S.v. § 123 Abs. 1 bis 3 GWB vorliegen

— Eigenerklärung, dass das Unternehmen seine Verpflichtung zur Zahlung von Steuern und Abgaben sowie der Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung, soweit es der Pflicht zur Beitragszahlung unterfällt, ordnungsgemäß erfüllt hat (§ 123 Abs. 4 GWB)

— Angaben zu Insolvenzverfahren und Liquidation (§ 124 Abs. 1 Nr. 2 GWB)

— Eigenerklärung, dass bei der Ausführung öffentlicher Aufträge nicht gegen geltende umwelt-, sozial- oder arbeitsrechtliche Verpflichtungen verstoßen wurde (§ 124 Abs. 1 Nr. 1 GWB)

- Eigenerklärung, dass im Rahmen der beruflichen Tätigkeit keine schwere Verfehlung begangen wurde, durch die die Integrität des Unternehmens in Frage gestellt wird (§ 124 Abs. 1 Nr. 3 GWB)
- Eigenerklärung, dass keine Vereinbarung mit anderen Unternehmen getroffen wurde, die eine Verhinderung, eine Einschränkung oder Verfälschung des Wettbewerbs bezweckt oder bewirkt (§ 124 Abs. 1 Nr. 4 GWB)
- Eigenerklärung, dass für das Unternehmen kein Ausschlussgrund i.S.v. § 21 Abs. 1 des Arbeitnehmerentsendegesetzes (AEntG), § 98c des Aufenthaltsgesetzes (AufenthG), § 19 Abs. 1 des Mindestlohngesetzes (MiLoG) oder § 21 des Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetzes (Schwarz-ArbG) vorliegt
- Angabe zur Eintragung in das Berufs/Handelsregister
- nur bei Bewerbergemeinschaften: Bewerbergemeinschaftserklärung.

### III.1.2) **Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag folgende Eigenerklärungen abgeben:

— Eigenerklärung über den Gesamtumsatz und den Umsatz in dem Tätigkeitsbereich des Auftrags für die letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahre (2014 bis 2016).

— Eigenerklärung über eine Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2 000 000 EUR für Personenschäden und 500 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Berufshaftpflichtversicherung mit einer Deckungssumme von mindestens 2 000 000 EUR für Personenschäden und 500 000 EUR für Sach- und Vermögensschäden.

### III.1.3) **Technische und berufliche Leistungsfähigkeit**

Auflistung und kurze Beschreibung der Eignungskriterien:

Jeder Bewerber und jedes Mitglied einer Bewerbergemeinschaft müssen mit dem Teilnahmeantrag Eigenerklärungen zu Referenzen und zur durchschnittlichen jährlichen Beschäftigtenanzahl und Anzahl der Führungskräfte in den Jahren 2015 bis 2017 angeben.

Möglicherweise geforderte Mindeststandards:

Eigenerklärung über mindestens 2 Referenzen über Projekte mit Planungsanforderungen, die hinsichtlich der Objektplanung mit der zu vergebenden Planungsleistung vergleichbar sind, und anrechenbare Kosten i.S.v. § 33 Abs. 1 und 2 HOAI von mindestens 1 300 000 EUR haben. Die Referenzen müssen keine Außenanlagen umfassen. Die Referenzen müssen mindestens die Leistungsphasen 4-8 i.S.v. § 34 Abs. 3 Nr. 4-8 HOAI umfassen. Die Leistungsphase 8 muss in den letzten 5 Jahren, gerechnet ab Absendung der Auftragsbekanntmachung an das EU-Amtsblatt, abgeschlossen worden sein.

### III.1.5) **Angaben zu vorbehaltenen Aufträgen**

### III.2) **Bedingungen für den Auftrag**

#### III.2.1) **Angaben zu einem besonderen Berufsstand**

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten

Verweis auf die einschlägige Rechts- oder Verwaltungsvorschrift:

Für Bewerber wird als Berufsqualifikation der Beruf des Architekten gefordert. Erforderlich ist, dass der Bewerber nach dem für die öffentliche Auftragsvergabe geltenden Landesrecht berechtigt ist, die entsprechende Berufsbezeichnung zu tragen oder in der Bundesrepublik Deutschland entsprechend tätig zu werden (§ 75 Abs. 1 VgV). Hierzu sind die Kammernummer anzugeben und eine Kopie der Eintragungsurkunde vorzulegen oder eine gleichwertige Bescheinigung anderer EU-Mitgliedstaaten in Kopie vorzulegen.

Juristische Personen müssen für die Durchführung der Aufgabe einen verantwortlichen Berufsangehörigen mit der Berufsqualifikation des Berufs des Architekten namentlich benennen (§ 43 Abs. 1 Satz 2 VgV, § 75 Abs. 3 VgV).

III.2.2) **Bedingungen für die Ausführung des Auftrags:**

Für jeden Bewerber bzw. jedes Mitglied einer Bergewergemeinschaft muss eine Verpflichtungserklärung zum Mindestentgelt nach dem Landestariftreue- und Mindestlohngesetz Baden-Württemberg (LTMG) entweder mit dem Teilnahmeantrag oder spätestens mit dem Erstangebot abgegeben werden.

III.2.3) **Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal**

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind

**Abschnitt IV: Verfahren**

IV.1) **Beschreibung**

IV.1.1) **Verfahrensart**

Verhandlungsverfahren

IV.1.3) **Angaben zur Rahmenvereinbarung oder zum dynamischen Beschaffungssystem**

IV.1.4) **Angaben zur Verringerung der Zahl der Wirtschaftsteilnehmer oder Lösungen im Laufe der Verhandlung bzw. des Dialogs**

IV.1.5) **Angaben zur Verhandlung**

IV.1.6) **Angaben zur elektronischen Auktion**

IV.1.8) **Angaben zum Beschaffungsübereinkommen (GPA)**

Der Auftrag fällt unter das Beschaffungsübereinkommen: ja

IV.2) **Verwaltungsangaben**

IV.2.1) **Frühere Bekanntmachung zu diesem Verfahren**

IV.2.2) **Schlussstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge**

Tag: 13/11/2017

Ortszeit: 14:00

IV.2.3) **Voraussichtlicher Tag der Absendung der Aufforderungen zur Angebotsabgabe bzw. zur Teilnahme an ausgewählte Bewerber**

IV.2.4) **Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:**

Deutsch

IV.2.6) **Bindefrist des Angebots**

Das Angebot muss gültig bleiben bis: 30/03/2018

IV.2.7) **Bedingungen für die Öffnung der Angebote**

**Abschnitt VI: Weitere Angaben**

VI.1) **Angaben zur Wiederkehr des Auftrags**

Dies ist ein wiederkehrender Auftrag: nein

VI.2) **Angaben zu elektronischen Arbeitsabläufen**

VI.3) **Zusätzliche Angaben:**

Sowohl die für die Abgabe eines Teilnahmeantrages erforderlichen Unterlagen als auch die für die Abgabe eines Angebots erforderlichen Vergabeunterlagen können mit und ohne Registrierung unter dem unter I.3 angegebenen Link kostenlos angesehen und heruntergeladen werden. Die bereits vorliegende Entwurfsplanung einschließlich der Kostenermittlung wird allen Interessenten zur Verfügung gestellt, nachdem

sie die Vertraulichkeitserklärung abgegeben haben, die ebenfalls unter dem unter I.3 angegebenen Link heruntergeladen werden kann. Die Vertraulichkeitserklärung muss im Original bei der Stadt Grünsfeld unter der unter I.1 angegebenen Adresse eingehen. Es wird empfohlen, die Vertraulichkeitserklärung vorab per E-Mail an [kaemmereiamt@gruensfeld.de](mailto:kaemmereiamt@gruensfeld.de) zu senden. Sobald die Vertraulichkeitserklärung per E-Mail bei der Stadt Grünsfeld eingegangen ist, wird die Entwurfsplanung einschließlich der Kostenermittlung per E-Mail zugesandt.

VI.4) **Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren**

VI.4.1) **Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren**

Vergabekammer Baden-Württemberg  
Kapellenstraße 17  
Karlsruhe  
76131  
Deutschland  
Telefon: +49 7219260  
E-Mail: [vergabekammer@rpk.bwl.de](mailto:vergabekammer@rpk.bwl.de)  
Fax: +49 7219263985  
Internet-Adresse: <https://rp.baden-wuerttemberg.de/rpk/Abt1/Ref15>

VI.4.2) **Zuständige Stelle für Schlichtungsverfahren**

VI.4.3) **Einlegung von Rechtsbehelfen**

Genauere Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Um eine Korrektur des Vergabeverfahrens zu erreichen, kann ein Nachprüfungsantrag bei der Vergabekammer Baden-Württemberg gestellt werden, solange die Vergabestelle noch keinen wirksamen Zuschlag erteilt hat. Ein wirksamer Zuschlag kann erst erteilt werden, nachdem die Vergabestelle die unterlegenen Bieter über die beabsichtigte Zuschlagserteilung mit den nach § 134 GWB erforderlichen Angaben informiert hat und 15 Kalendertage bzw. bei der Versendung der Information per Fax oder auf elektronischem Weg 10 Kalendertage vergangen sind (§§ 134, 135 GWB). Ein Nachprüfungsantrag ist unzulässig, wenn der Antragsteller die geltend gemachten Verstöße gegen Vergabevorschriften bereits vor Einreichen des Nachprüfungsantrages erkannt und gegenüber der Vergabestelle nicht innerhalb einer Frist von 10 Kalendertagen gerügt hat bzw. wenn der Antragsteller Vergabeverstöße, die bereits aufgrund der Bekanntmachung oder den Vergabeunterlagen erkennbar waren, nicht spätestens bis zum Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gerügt hat. Ferner ist ein Nachprüfungsantrag unzulässig, wenn mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind (§ 160 Abs. 3 GWB).

VI.4.4) **Stelle, die Auskünfte über die Einlegung von Rechtsbehelfen erteilt**

VI.5) **Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:**  
11/10/2017